

Inhaltsverzeichnis

Kira Gedik & Reinhart Wolff Einleitung	9
---	---

1. Herausforderungen und Fakten

Ingo Bode Kinderschutz als gesellschaftliches Modernisierungsprojekt – Chancen, Probleme und Paradoxien	25
---	----

Gudula Kaufhold Gefährdungen durch Unfälle, Kindesmisshandlung und Vernachlässigung – Hinweise aus amtlichen Statistiken	47
--	----

Margherita Zander Gefährdungen von Kindern und Jugendlichen durch Armut	67
--	----

2. Akteure

Kira Gedik & Reinhart Wolff Überlegungen zur Akteursproblematik im Kinderschutz	89
--	----

Kira Gedik & Reinhart Wolff Kinder als Akteure im Kinderschutz	97
---	----

Reinhart Wolff & Kira Gedik Familien und Eltern als Akteure im Kinderschutz	119
--	-----

Reinhart Wolff & Kira Gedik Fachkräfte als Akteure im Kinderschutz	139
---	-----

Tom Levold Organisationen als Akteure im Kinderschutz	153
--	-----

3. Grundorientierungen

Kira Gedik & Reinhart Wolff	
Hilfe	169
Jens Beiderwieden	
Dialog	189
Patrick Oehler	
Demokratie	201
Reinhard Wiesner	
Recht	219
Bettina Hünersdorf	
Risiko und Unsicherheit	239
Felix Brandhorst	
Öffentlichkeit und Politik	263
Michael Winkler	
Erziehung und Bildung	283
Thomas Mörsberger	
Vertrauen	303
Thomas Meysen	
Ethik	333

4. Prozesse

Alexandra Sann, Christopher Pabst & Christine Gerber	
Früh und präventiv helfen	355
Catrin Draheim, Birgit Habecker & Sigrid Kotterba	
Sorgenvolle Hinweise aufgreifen und Kontakt aufnehmen	389
Christian Schrappner	
Fälle verstehen	405
Kira Gedik & Reinhart Wolff	
Kindesmisshandlung und Vernachlässigung untersuchen – Gefährdungen einschätzen	415

Helmut Maier Hilfebedarf, Hilfenotwendigkeit und Hilfemöglichkeiten klären	453
Timo Ackermann Entscheidungen abwägen, reflektieren und treffen	477
Christine Maihorn & Elke Nowotny Familien beraten	505
Hans-Ullrich Krause Kinder außerhalb der Herkunftsfamilien unterstützen, erziehen und fördern	521
Kira Gedik Konflikte und Widerstände wahrnehmen, thematisieren und durcharbeiten	533
Kay Biesel Qualität im Kinderschutz entwickeln und sichern	557
Reinhart Wolff Krisen managen und meistern	569
Julian Sehmer, Svenja Marks & Werner Thole Studieren und Forschen	581
David Tobis Von Parias zu Partnern: Wie Eltern und ihre Verbündeten das New Yorker Kinder- und Jugendhilfesystem veränderten	607
Anhang	
Familienuntersuchungsrahmen (FUR) – Fragen zu einer zusammenfassenden Einschätzung von Familienkonflikten und Kindeswohlgefährdung	627
Werkstatt für Dialogische Familienarbeit – ein Programm zur gemeinsamen Problemklärung, mehrseitigen Hilfeprozessplanung und Ergebniseinschätzung (in zwei Werkstatt-Blöcken)	631
Anregung zur Vorbereitung einer Fallreflexion in einem Team oder einer Fall-Werkstatt	639
Autorinnen und Autoren	641

Einleitung

Mit der weltweit und nicht nur hierzulande erheblich gewachsenen Aufmerksamkeit für die Wahrung und Förderung der Rechte und Entwicklungsbedürfnisse von Kindern ist Kinderschutz als Aufgabe und Praxis, Kinder vor Gewalt, Misshandlung und Vernachlässigung zu schützen, zu einem zentral wichtigen gesellschaftlichen, politischen und professionellen Thema geworden. Es wird in der Öffentlichkeit, im wissenschaftlichen und fachlichen Diskurs – und nicht zuletzt im Internet mit großem Interesse und Engagement erörtert, häufig allerdings mit skandalisierender, Kontroversen betonender Aufregung. Nicht überraschend ist es im Zuge eines gewachsenen Interesses, vor allem tödliche und sexuelle Kindesmisshandlungsfälle medial aufzugreifen und sensationell aufzubereiten, regelrecht zu „symbolischen kinderschutzideologischen Kreuzzügen“ und zu Formen „erregter Aufklärung“ (Rutschky 1990; Rutschky 1992) gekommen. Sie führen allerdings immer wieder dazu, dass ruhiges Nachdenken, faire solidarische Zuwendung und beherzte Hilfe von den beteiligten Kinderschutzfachkräften vernachlässigt oder ganz aufgegeben werden. Auf diese Weise verändern sich die handlungsleitenden Verstehensrahmen im Kinderschutz und es kommt zu einer programmatischen und methodischen Engführung des Kinderschutzes auf Verfolgung und Strafverschärfung. Dann stehen erneut die früher dominanten polizeilich-kriminalistischen Akteurskonzeptionen im Vordergrund (mit einem Fokus auf Erfassung und Bestrafung von „Tätern“¹ und auf „Rettung von Opfern“) und es wird, weil immer wieder einzelne Fälle von sexuellem Missbrauch und tödlicher Kindesmisshandlung die Öffentlichkeit „erschüttern“, gefordert, die „Macht der Täter zu brechen“. Oder es werden verstärkt individualistische methodische Orientierungen (mit einem Fokus auf „Diagnose und Behandlung von Persönlichkeitsstörungen“ und von „Misshandlungstraumata“) sowie autoritäre Risikomanagementverfahren propagiert und eingeführt (vgl. Wolff 2017: 575–580), die den Schwerpunkt auf „Verwalten, Kontrollieren und Schuld zuweisen“ legen (Marks u. a. 2018). Mit Recht weist der Münsteraner Kinderschutzforscher Reinhold Schone darauf hin, dass in den Bemühungen um den Schutz von Kindern und Jugendlichen aktuell „immer restriktivere Tendenzen zu beobachten sind“, und er führt aus:

In der aktuellen Diskussion um den Schutzauftrag der öffentlichen Jugendhilfe lässt sich eine merkliche Verschiebung in Richtung interventionistischer Überlegungen und in Richtung auf ein stärker kontrollierendes und eingreifendes Jugendhilfeverständnis beobachten. Der durch das Bundeskinderschutzgesetz unternommene Versuch der gesetzlichen Normierung und Durchsetzung einer weiten Auslegung des Begriffs *Kinderschutz* erweist sich als ausgesprochen dysfunktional. Er trägt nur dazu bei, dass der Rettungsgedanke nun

1 Wir haben im Handbuch keine einheitliche Genderschreibweise verfolgt und haben es vielmehr den Autorinnen und Autoren selbst überlassen, nicht zuletzt auf dem Hintergrund ihrer organisationalen Vorgaben.

auch alle allgemein fördernden und unterstützenden Angebote durchzieht, um nicht zu sagen, sie mit Kontrollerwartungen (der Politik), Kontrollaktivitäten (der verschiedenen in Netzwerken zusammengeschlossenen professionellen Akteure) und Kontrollängsten (der betroffenen Familien) kontaminiert (Schone 2018: 41f.).

Ähnlich kritisch wird von den Redakteuren der Zeitschrift *Widersprüche* in ihrem Sonderheft „Bestärken und Einsperren. Kindeswohl als Kindeswohlgefährdung?“ herausgestellt, dass in der aktuellen Kinderschutzdiskussion wichtige Gesichtspunkte, nämlich vor allem „Armut und soziale Ausschließung als eine gesellschaftlich verursachte Form der Gefährdung des Wohls der Kinder“, ausgeblendet würden. Sie betonen:

Diese sozialen und ökonomischen Benachteiligungen spielen in den derzeit dominanten Diskussionen um die Kindeswohlgefährdung – als ‚KWG‘ inzwischen in der Praxis der Erziehungshilfen eines der am häufigsten benutzten Kürzel und die zentrale handlungsleitende Zuschreibung – jedoch nur eine marginale Rolle. Auch das im Gesetz und fachlich bedeutsamere Wohl bzw. (besser) Interesse des Kindes tritt in der Praxis und in den Diskursen hinter den Blick auf Risiken und auf die Gefährdung zurück – sowohl in seiner inhaltlich-normativen und fachlichen Bestimmung als auch in seiner rechtlichen (Widersprüche 2018, Heft 149: 3).

In einer neueren Veröffentlichung von Wilhelm Körner und Georg Hörmann, die durch ihre wichtigen Beiträge zu Kindeswohlgefährdungen von Erziehungspersonen bekannt geworden sind (vgl. z. B.: Körner/Hörmann 1998; Körner/Hörmann 2000; Deegener/Körner 2006; Hörmann/Körner 2008; Körner/Deegener 2011), wird allerdings noch schärfer nachgefragt, ob man in Anbetracht der neueren Entwicklungen in der Jugendhilfe die Praxis der staatlichen Kinderschutzakteure nicht sogar als „staatliche Kindeswohlgefährdung“ bezeichnen müsse (Körner/Hörmann 2019). Auch wenn eine solche Charakterisierung für die gesamte Kinderschutzpraxis nicht gerechtfertigt ist, markiert sie dennoch den vorherrschenden Entwicklungstrend in der modernen Kinderschutzarbeit, ein autoritäres Risikomanagement zu betonen (Wolff 2016: 149–160).

Jedenfalls haben sich nicht nur in der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe die Arbeitsbelastungen in der Kinderschutzarbeit deutlich erhöht, wie eine ganze Reihe von empirischen Studien zum Stand und zur Entwicklung der Kinderschutzsysteme zeigen (vgl. u. a.: Gissel-Palkovich/Schubert 2015; Hildenbrand 2011; Thole u. a. 2012, Bode/Turba 2015; Bühler-Niederberger u. a. 2014; Wolff u. a. 2013; Marks/Sehmer/Thole 2018; Beckmann u. a. 2018; Beckmann 2020). Die Entwicklungstrends und Belastungen in der Kinderschutzarbeit, die wir 2016 herausgestellt haben, spielen auch heute noch eine Rolle:

- In der modernen Kinderschutzarbeit ist eine regelrechte Zwickmühle zwischen der Anspruchserhöhung und Expansion und den Prozessen wachsender Enttäuschung über ihre Leistungen entstanden, muss sie sich eingestehen, dass sie – vor allem mit ihrem überzogenen ‚Universalanspruch‘, alle ‚als kritisch geltende, mit Gewalt und Vernachlässigung einhergehende Sozialisationsprozesse auszuschalten‘ – an ‚Wirkungsgrenzen‘ stößt und immer wieder strukturell überfordert ist (Bode/Turba 2014: 2).

- Bei wachsender Anspruchserhöhung und trotz wachsender Kosten und weiterer Personalvergrößerung ist die fachliche Qualität der Kinderschutzarbeit nicht entsprechend mitgewachsen oder sie sinkt sogar – vor allem im öffentlichen Bereich der Kinder- und Jugendhilfe. Das Kinderschutzsystem soll immer mehr Aufgaben bei wachsender Armut und verschärften sozio-kulturellen Ausgrenzungen in moderner Gesellschaft übernehmen (die Frühen Hilfen stark machen, rund um die Uhr erreichbar sein, gefährdete Kinder und Jugendliche unverzüglich schützen, die Wiederholung von Gefährdungen verhüten, ambulante Hilfsmaßnahmen und Kriseninterventionen, wie z. B. Inobhutnahmen und außerfamiliäre Unterbringungen in Gang setzen und tödliche Kindesmisshandlungs- und Vernachlässigungsfälle zuverlässig ausschließen) und zugleich ein Anwachsen der Kosten vermeiden. Das kann nicht gelingen.
- Insofern sieht sich die Kinderschutzarbeit vor (über)große Herausforderungen gestellt: strategisch und programmatisch, methodisch und organisational. Dabei ist sie in ein Fahrwasser geradezu ‚paradoxe wie prekäre Modernisierungsprozesse‘ geraten, in denen ein ‚Drang zu perfektionierter Weltbeherrschung‘ und ‚Risikokontrolle‘ ebenso eine Rolle spielen wie manageriale bürokratische und instrumentell technische Steuerungskonzepte (mit der Einführung von Checklisten zur devianzklassifikatorischen Einschätzung von Kindeswohlgefährdungen, IT-gestützten Dokumentationssystemen und grün, grau und roten Verfahrensablaufeschemata) und nicht zuletzt eine normative ‚Aufwertung von Menschenrechtsdiskursen‘ (vgl. auch: Bode/Turba 2014: 8) mit deutlicher Betonung von Kinderrechten und Kinderinteressen (Liebel 2013; Liebel 2015) (Wolff 2016: 157f.).

Diesen Herausforderungen müssen wir uns als Akteure der „Neuen, dialogisch-systemischen, hilfe-orientierten Kinderschutzarbeit“ stellen, für die wir uns seit der Veröffentlichung unserer Studie „Gewalt gegen Kinder“ 1975 und der Gründung des ersten deutschen Kinderschutz-Zentrums in Berlin eingesetzt haben. Das war auch unser Anliegen, als der *Kronberger Kreis für Dialogische Qualitätsentwicklung e. V.* in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft der Kinderschutz-Zentren und mit Unterstützung des Jugendamtes der Landeshauptstadt Stuttgart im März 2017 das Forum für Dialogische Qualitätsentwicklung in Stuttgart mit dem Thema „Dialoge über gelingende Kinderschutzarbeit in der Demokratie – Fakten, Kontroversen, Entwicklungen“ veranstaltete. Die auf diesem Forum gehaltenen Vorträge und der Austausch unter den Teilnehmenden aus Wissenschaft und Fachpraxis gaben den Anstoß zu diesem nun vorliegenden Handbuch. Weitere Autorinnen und Autoren kamen im Laufe der Erarbeitung hinzu, die als Expertinnen und Experten moderner Kinderschutzarbeit in Deutschland bereit waren, mitzuwirken und zu fragen: Vor welchen Herausforderungen stehen wir aktuell in der Kinderschutzarbeit? Welche Gefährdungen müssen wir im Blick haben? Welche Schwierigkeiten und Kontroversen machen uns zu schaffen? Was sind Eckpfeiler gelingender Kinderschutzarbeit? Wie können wir Kinderschutz in der demokratischen Gesellschaft konzeptuell – programmatisch und methodisch – fassen und weiterentwickeln?

In der Gliederung des Handbuchs folgen wir einem konzeptuellen Design, das wir auch in den Qualitätsentwicklungsprojekten des *Kronberger Kreises für Dialogische Qualitäts-*

entwicklung e. V. nutzen: Zuerst nehmen wir den gesellschaftlichen Kontext in den Blick und versuchen, die Herausforderungen zu verstehen, die sich daraus für unsere Fachpraxis ergeben. Im ersten Schritt wird darum herausgearbeitet, welche Chancen, Probleme und Paradoxien im Kinderschutz, der als „Modernisierungsprojekt“ gefasst wird, von Bedeutung sind. Dann geht es um eine Bündelung der vorhandenen statistischen Daten zu Gefährdungen von Kindern durch Unfälle, Misshandlungen und Vernachlässigungen u. a. m., um schließlich die Gefährdungen von Kindern, die in Armutsverhältnissen aufwachsen, zu thematisieren. Wir hätten gerne eine Expertin oder einen Experten des Gesundheitswesens dabei gehabt, der die gesundheitlichen Herausforderungen und Entwicklungen für Kinder und Jugendliche behandelt, haben aber trotz großer Anstrengungen verwundert feststellen müssen, dass niemand diesen Beitrag übernehmen wollte oder konnte.

Im zweiten Schritt nehmen wir – was viel zu selten genauer geschieht – die Akteure im Kinderschutz in den Blick, um zu verstehen, um wen es im Interaktions- und Beziehungsgeflecht der Hilfeprozesse im Kern geht: die Kinder, die Familien und Eltern, die Fachkräfte und die Organisationen als Akteure im Kinderschutz.

Um gute Fachpraxis im Kinderschutz genauer zu bestimmen, werden dann in neun Beiträgen die wesentlichen Grundorientierungen oder strategischen Leitziele demokratischer Kinderschutzarbeit (von „Hilfe“ über „Dialog“ und „Demokratie“ bis hin zu „Ethik“ und „Vertrauen“) bestimmt.

Schließlich werden im vierten Abschnitt die konkreten Handlungsschritte im Hilfeprozess programmatisch und methodisch charakterisiert. Sie beginnen mit „Früh und präventiv helfen“ und enden mit „Studieren und Forschen“. Abschließend machen wir einen Beitrag von David Tobis zu den Erfahrungen in New York mit Partizipationsprojekten von Eltern im New Yorker Kinderschutzsystem zugänglich. Im Anhang nehmen wir zwei methodische Ansätze des *Kronberger Kreises für Dialogische Qualitätsentwicklung e. V.* auf: den *Familienuntersuchungsrahmen (FUR)* und das Programm der *Werkstatt für Dialogische Familienarbeit*.

Den Autorinnen und Autoren und uns als Herausgebern dieses Handbuches ist es ein zentrales Anliegen, Kinderschutz als „Kultur der Überwachung“ (a culture of surveillance) zu überwinden und stattdessen eine demokratische Kinderschutzarbeit als eine Kultur der gegenseitigen nachhaltigen Unterstützung und solidarischen Hilfe (a culture of caring) (vgl. Melton 2009: xii) ins Werk zu setzen und zu stärken. Dabei nehmen wir wichtige Reformansätze aus dem Ausland auf und setzen uns dafür ein, Kinderschutz von dem ihn bedrohenden „Risikomonster“ (risk monster) (Featherstone et al. 2018a) zu befreien und Kinderschutz „jenseits des Risiko-Paradigmas“ (Connolly 2017) als „soziales Modell“ „neu zu denken“ (vgl. Featherstone et al. 2014; Featherstone 2018b). Da und dort am System herumzufficken, reicht nämlich nicht mehr aus. Notwendig sind: die Öffnung der Kinderschutzarbeit zu neuen Unterstützungsansätzen des öffentlichen Gesundheitssystems (Re-visioning public health approaches for protecting children; vgl. Lonne et al. 2019), vor allem aber eine grundlegende demokratische Reform der aktuell vorherrschenden Kinderschutzpolitik und -praxis, um eine theoretisch und begrifflich scharf reflektierte, mit ausreichenden Ressourcen und gut qualifizierten Fachkräften ausgestattete ganzheitliche Kinderschutzpraxis ins Werk setzen zu können. Zu einer solchen Wende gehören programmatisch, wie unsere Reform-Kollegen in England und Australien herausstellen:

- „eine klare und standhafte Schwerpunktsetzung auf positive Ergebnisse (outcomes) für Kinder und Familien als zentrales Ziel eines dynamischen Systems, das das Wohl von Kindern und ihren Eltern, Familien und nachbarschaftlichen Lebenszusammenhängen (communities) fördert;
- ein kindzentrierter, familienfokussierter, kulturell achtsamer programmatischer Hilfeprozessrahmen; und
- eine ethische, wertorientierte und beziehungsbasierte Praxis, deren unterstützende Basis ein nachbarschaftliches und gemeinwesenorientiertes Hilfesystem ist“ (Lonne et al. 2009: 100; unsere Übersetzung).

Obwohl Demokratie in der Geschichte der modernen Sozialen Arbeit seit nunmehr mehr als 150 Jahren immer wieder – wenn auch nur zögernd – ein Thema gewesen ist und schließlich mit der Entwicklung des demokratischen Sozialstaats nach dem 2. Weltkrieg als konzeptueller Rahmen für die Gestaltung des gesetzlichen Rahmens der Sozial-, Arbeitslosen- und Altersversicherung sowie der Sozialen Arbeit und Sozialpädagogik im Blick war (s. vor allem: Oehler 2018), hat Demokratie konzeptuell, programmatisch und methodisch im Kinderschutz bis zum Ende des vergangenen Jahrhunderts faktisch keine Rolle gespielt. Auch nachdem Reinhart Wolff mit einem Thesenbeitrag auf einer Veranstaltung der AG Fachtagungen Jugendhilfe im Dt. Institut für Urbanistik 2006 anregte, „Demokratische Kinderschutzarbeit“ als Leitziel für eine hilfe-orientierte Kinderschutz-Fachpraxis in den Blick zu nehmen und programmatisch und methodisch zu nutzen (der Text erschien dann in gekürzter Fassung im *Forum Erziehungshilfen* 13. Jg., Heft 3 (Juli 2007), S. 132–139; vollständig dann in: Wolff 2010: 337–355) kam eine intensive Diskussion über „Demokratie als Grundorientierung und strategischer Rahmen in der Kinderschutzarbeit“ nicht wirklich in Gang. Wir konnten aber den Vorschlag, einen demokratietheoretischen konzeptuellen Rahmen in der Kinderschutzarbeit stark zu machen, in den weiteren Jahren in unseren Qualitätsentwicklungsprojekten nutzen, wie u. a. im Rahmen des Projektes „Aus Fehlern lernen. Qualitätsmanagement im Kinderschutz“, das wir mit Fachkräften und auch einigen Eltern als Kinderschutz-Klientinnen und -Klienten aus 40 Kommunen an 12 Projektstandorten von 2009–2011 im Auftrag des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen (NZFH) durchführten (vgl. Wolff u. a. 2013), bei der Entwicklung des Dormagener Qualitätskatalogs der Kinder- und Jugendhilfe (vgl. Stadt Dormagen i. Zusammenarbeit mit R. Wolff 2011), in Fort- und Weiterbildungsprojekten in der Steiermark und in Wien und dann vor allem in einem mehrjährigen Qualifizierungsprogramm nach dem Tod des Kindes Kevin von 2008–2011 mit Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe in Bremen (vgl. Bremen. Amt für Soziale Dienste 2009; 2010), sowie in den Qualitätsentwicklungsprojekten in Zusammenarbeit mit den Jugendämtern in Schwerin, Leipzig und schließlich in Weimar und Erlangen (vgl. Stadt Weimar. Amt für Familie und Soziales 2017; Stadtjugendamt Erlangen/Gedik/Wolff 2018).

In Anbetracht der aktuellen gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen und kulturellen Umbrüche in der globalisierten hyperkapitalistischen Welt, die überall zur Verschärfung struktureller Ungleichheitsverhältnisse und zur Zuspitzung politischer, ökonomischer und militärischer Konfliktdynamiken geführt haben, kann es sich nicht darum handeln, davon auszugehen,

dass es nun einfach darauf ankomme, demokratische Handlungsformen auch in den professionellen Organisationen und Institutionen einzuführen und auszugestalten. Demokratie als Theorie und Praxis wird nämlich inzwischen selbst – nach ihrer erstaunlichen Erfolgsgeschichte nach den Weltkriegs- und Diktaturerfahrungen im 20. Jahrhundert – als gefährdete und krisenbeutelte gesellschaftliche und politische Ordnung wahrgenommen. Und so lauten die Titel aktueller Veröffentlichungen: *Postdemokratie* (Crouch 2008), *Das demokratische Paradox* (Mouffe 2008 bzw. 2013), *Demokratie in Zeiten der Konfusion* (Willke 2014), *Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit – Reflexivität – Nähe* (Rosanvallon 2010), *Demokratie und Krise* (Merkel 2015), *Die Gegen-Demokratie: Politik im Zeitalter des Misstrauens* (Rosanvallon 2017), *Die gute Regierung* (Rosanvallon 2018), *Grenzen der Demokratie* (Lessenich 2019), *Was stimmt nicht mit der Demokratie?* (Ketterer/Becker 2019), oder *New Authoritarianism. Challenges to Democracy in the 21st Century* (Wiatr 2019) und *Warum Demokratien Helden brauchen. Plädoyer für einen zeitgemäßen Heroismus* (Thomä 2020).

Diese Autorinnen und Autoren problematisieren Demokratie kritisch und besorgt und fragen nach der Zukunft von Demokratie, die (um Winston Churchills berühmte Formulierung in einer Rede am 11. November 1947 zu zitieren) die schlimmste Regierungsform ist – mit Ausnahme aller anderen, die man immer wieder versucht hat: „Many forms of Government have been tried, and will be tried in this world of sin and woe. No one pretends that democracy is perfect or all-wise. Indeed it has been said that democracy is the worst form of Government except for all those other forms that have been tried from time to time. ...“.

Man kann dieses komplizierte Konzept der Demokratie folgendermaßen fassen: Es handelt sich um ein periodisch – wenigstens dem Anspruch nach – über freie Wahlen und Mehrheitsentscheidungen sich selbst überprüfendes und reproduzierendes System repräsentativer (und nur gelegentlich unmittelbarer) Demokratie, das auf dem Grundprinzip der Gewaltenteilung zwischen legislativer, exekutiver und judikativer Gewalt (von Parlament, Regierung und Rechtsprechung) beruht und das über öffentliches Aushandeln (Deliberation) die Balancierung der Interessen, der Rechte und Pflichten der freien und dem Anspruch nach gleichen und über verfassungsgesicherte Grundrechte verfügenden Bürgerinnen und Bürger zueinander und zum Staat zu regeln und zu sichern versucht. Eine solche Balancierung der inhärenten Konflikte, Paradoxien und Dilemmata muss immer wieder neu im öffentlichen Meinungskampf beansprucht, verhandelt und ermöglicht werden, erweist sich aber auch immer wieder als gefährdet. Weil diese Balancierung immer wieder misslingt, wird nun von Gefährdung, Konfusion und von Krise gesprochen.

Es wäre fahrlässig, die überall wahrgenommene Krise der Demokratie auf die leichte Schulter zu nehmen. Stephan Lessenich betont zu Recht: „... wenn gegenwärtig allenthalben von einer Krise, ja vom Niedergang und Verfall der liberalen Demokratie die Rede ist, dann müssen in der Tat die gesellschaftlichen Alarmglocken läuten – denn dann geht es ans Eingemachte, ans Herzstück der Moderne“ (Lessenich: 2019: 8). Und auf diese Weise kann die Krise der Demokratie charakterisiert werden:

- Es ist viel schlimmer, als manche Kritiker glauben feststellen zu können: „Es gibt keine Krise der Demokratie. Vielmehr wird die demokratische Herrschaftsform auf dem Altar eines expansionistischen Kapitalismus geopfert, der zwecks Bestandssicherung zunehmend auf autoritäre Praktiken angewiesen ist“ (Dörre 2019: 22).

- Trotz einer noch nie dagewesenen Erhöhung der Produktivität und des Lebensstandards hat sich im Zuge einer „marktgetriebenen Entdemokratisierung“ (Dörre 2019: 37) die ungleiche Aneignung und Verteilung des erzeugten Reichtums (des Mehrwerts) in den von Anfang an ungleichen kapitalistischen Eigentümergesellschaften nicht verringert sondern sogar noch verstärkt (vgl. Piketty 2020).
- Ungebremsst „externalisieren“ die kapitalistischen Entwicklungszentren des Nordens das weltweit angerichtete ökologische Desaster auf die armen unterentwickelten Gesellschaften mit der Folge zunehmend unbeherrschbarer ökonomischer und politischer Konflikte, die sich in Kriegen und Bürgerkriegen zuspitzen, woraus wiederum eine wachsende Flut von Flucht- und Migrationsströmen entsteht, die dann in den privilegierten Ungleichheitsgesellschaften des Nordens mit rechtspopulistischen und neoreaktionären Ressentiments autoritär abgewehrt werden (Lessenich 2016).
- Die immer weiter voranschreitende Digitalisierung der Öffentlichkeit aller modernen Gesellschaften führt schließlich zu einer *technologischen Entdemokratisierung*. „Damit wird die bürgerliche Öffentlichkeit selbst zum Objekt der digitalen Landnahme“ (vgl. Dörre 2019: 41 u. 42).
- Hinzukommt, dass die moderne Eigentümergesellschaft seit ihren Anfängen in der amerikanischen und französischen Revolution eine Klassengesellschaft geblieben ist, deren – wenn auch formal gleichberechtigte – aber deutlich ungleiche Bevölkerung in drei Hauptgruppen gespalten ist, nämlich:
 - in eine große Gruppe der armen, benachteiligten und vermögenslosen Unterschichtbürgerinnen und -bürger – aus der auch die meisten Klientinnen und Klienten der Sozialen Arbeit stammen, bei denen es im Kontext lebensgeschichtlicher Konflikte und Krisen einerseits auch am häufigsten zu Misshandlungs- und Vernachlässigungssituationen von Kindern und Jugendlichen kommt. Die 10 % Einkommensschwächsten werden andererseits gesellschaftlich und politisch misshandelt und vernachlässigt, wie empirisch nachgewiesen wurde, indem nämlich ihre Interessen vor allem in sozialen und wirtschaftlichen Fragen in einem „negativen Zusammenhang“ politischer Entscheidungen stehen, die vielmehr im Interesse der 10 % Einkommensstärksten getroffen werden. Zu Recht sprechen die Forscher deshalb von einer „Krise der Repräsentation“ (Elsässer u. a. 2016; siehe auch Gedik 2019),
 - in eine Mittelschichtgruppe von etwa einem Drittel aller Bürgerinnen und Bürger, der es vor allem im Laufe des 20. Jahrhunderts gelang, sich etwas vom gesamten Kuchen des Bruttosozialprodukts anzueignen,
 - und in eine stabile obere 10 %-Gruppe der reichen und privilegierten Schicht, die einen Großteil des gesamten Vermögens besitzt und über die entscheidenden Herrschaftspositionen und Machthebel verfügt.
- Schließlich spielt in der aktuellen Krise der Demokratie in wachsendem Maße eine *Politik- und Parteienverdrossenheit* eine Rolle in der Form des Rückgangs der Wahlbeteiligung (vor allem armer, benachteiligter Bevölkerungsgruppen), der verbitterten

und aggressiven Abwehr von Politik überhaupt und der Kritik an der Rolle der sogenannten etablierten „Systemparteien“, verknüpft mit einem Anstieg von rechtsradikalen Ressentiment- und Protestbewegungen.

Diese Krisenmomente haben auch Colin Crouch dazu veranlasst, von „Postdemokratie“ zu sprechen, weil, wie Stephan Lessenich pointiert, „sich hinter der Fassade einer funktionierenden demokratischen Ordnung – mit allem, was dazu gehört: Gewaltenteilung, Regierungswechsel, Parlamentsvorbehalt – faktisch eine schleichende Aushöhlung und Entwertung politischer Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse vollziehe“ (Lessenich 2019: 11).

Demokratisch engagierte Fachleute sehen sich von dieser Entwicklung herausgefordert und verstehen es als ihre persönliche und professionelle Aufgabe, Demokratie nicht nur als Regierungsform, sondern als Lebensform mitzugestalten und zu stärken, wie sie es von John Dewey gelernt haben, der bereits 1915 herausstellte:

Die Demokratie ist mehr als eine Regierungsform; sie ist in erster Linie eine Form des Zusammenlebens, der gemeinsamen und miteinander geteilten Erfahrung. Die Vermehrung der Individuen, die an einer bestimmten Angelegenheit so interessiert sind, daß jeder sein Handeln zu dem der anderen in Beziehung zu setzen und umgekehrt das Handeln der anderen für sein Tun in Rechnung zu stellen hat, und die Vergrößerung des Raums, über den sie verteilt sind, bedeutet den Niederbruch jener Schranken zwischen Klassen, Rassen und nationalen Gebilden, die es den Menschen unmöglich machen, die volle Tragweite ihrer Handlungen zu erkennen. Diese zahlreicheren und mannigfaltigeren Berührungspunkte bedeuten eine größere Mannigfaltigkeit der Reize, auf die ein Individuum zu antworten hat, und setzen daher einen Preis auf die größere Mannigfaltigkeit seines Handelns. Sie bewirken eine Befreiung der Kräfte, die bei nur einseitigen Anregungen zum Handeln, wie sie in einer isolierten, viele Interessen ausschließenden Gruppe gegeben sind, unterdrückt oder nicht entwickelt werden (vgl. Dewey 1993: 121; vgl. auch: Joas 2000).

Indem sie Demokratie als Regierungs- und als Lebensform begreifen, verstehen sie es als ihre Aufgabe, nicht nur die Stärkung von *Recht und Freiheit*, sondern die kritische Untersuchung von *Teilhabe und Ausschluss* (Inklusion und Exklusion) im konkreten Interaktionsgeschehen der Lebens- und Arbeitswelt in den Blick zu nehmen, um Demokratisierung zu fördern. Sie schließen damit an Lessenich an, der ausführt: „der gesellschaftliche Prozess der Demokratisierung ist ein beständiger Kampf um Berechtigung, also ein Kampf um die Öffnung und Schließung, Ausweitung und Einschränkung sozialer Berechtigungsräume, der auf diversen Schauplätzen stattfindet und sich entlang vielfältiger Konfliktlinien vollzieht“ (Lessenich 2019: 36f.). Lessenich betrachtet „vier Arenen des modernen demokratischen Konflikts, die sich gesellschaftshistorisch um vier Achsen *sozialer Schließung* herum gebildet haben:

1. der Konflikt zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden (*vertikale Achse*),
2. der durch politische Vernachlässigung (vgl. Elsässer u. a. 2016) sich mit spaltend-konkurrierender disziplinierender Wirkung ins Soziale verlagernde strukturierte Konflikt unter den Nichtbesitzenden selbst (*horizontale Achse*) (s. dazu auch Dörre 2006),